

20 MINUTEN-/TAMEDIA- ABSTIMMUNGSUMFRAGE



Eidgenössische Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023
Auswertung 3. Umfragewelle
Sperrfrist: 7. Juni, 6.00 Uhr

Originalfoto: Olivier Bruchez

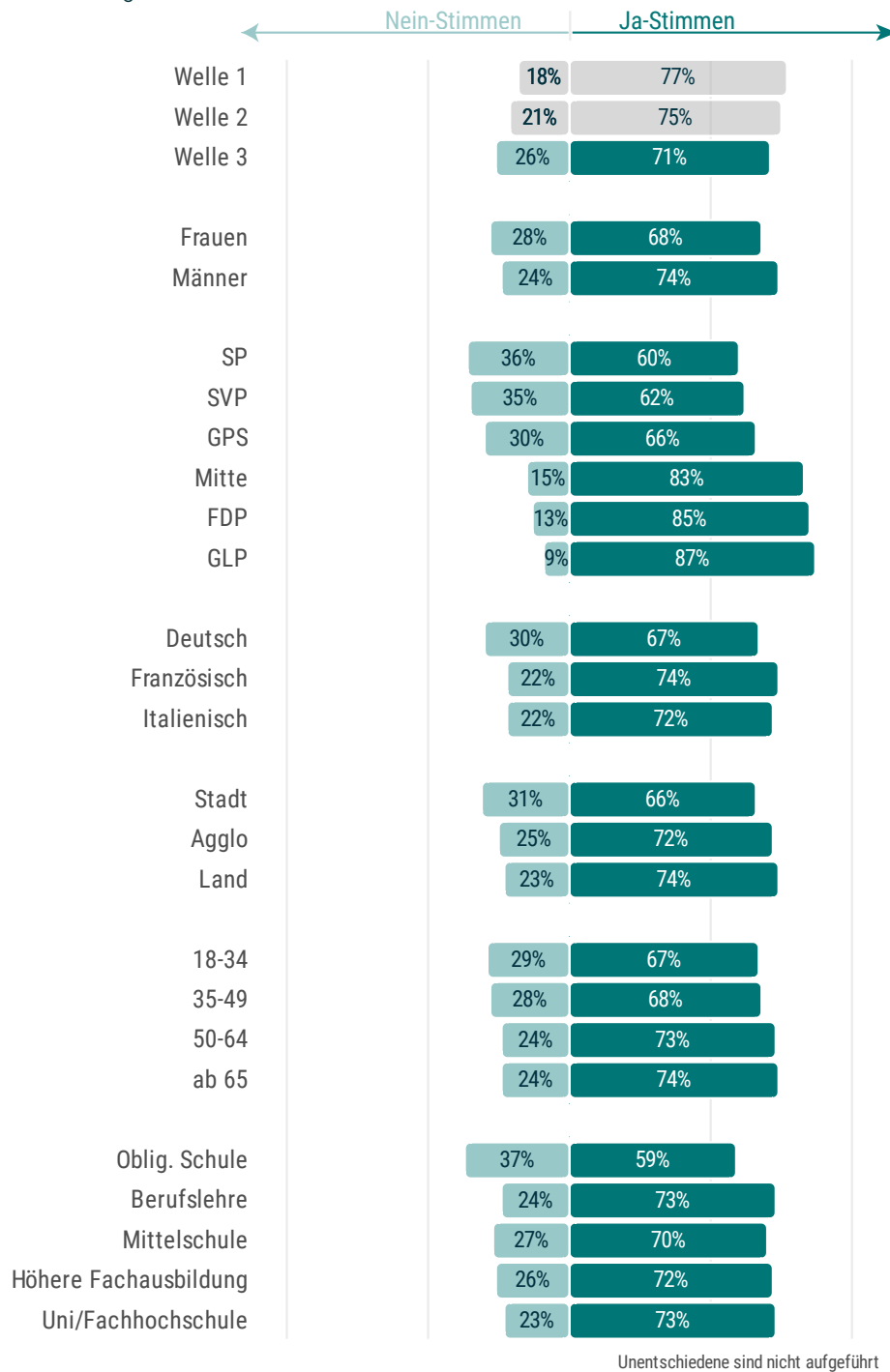
Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Resultate	5
1 OECD-Mindeststeuer	11
1.1 Unterstützung nach Geschlecht	12
1.2 Unterstützung nach Parteien	13
1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	14
1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	15
1.5 Unterstützung nach Alter	16
1.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	17
1.7 Argumente	18
2 Klimaschutzgesetz	19
2.1 Unterstützung nach Geschlecht	20
2.2 Unterstützung nach Parteien	21
2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	22
2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	23
2.5 Unterstützung nach Alter	24
2.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	25
2.7 Argumente	26
3 Verlängerung des Covid-Gesetz	27
3.1 Unterstützung nach Geschlecht	28
3.2 Unterstützung nach Parteien	29
3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	30
3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	31
3.5 Unterstützung nach Alter	32
3.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss	33
3.7 Argumente	34
4 Vorhersagen für die Vorlagen	35
4.1 OECD-Mindeststeuer	35
4.2 Klimaschutzgesetz	36
4.3 Verlängerung des Covid-Gesetz	37
5 Technischer Anhang	38
5.1 Statistische Unschärfe	38
5.2 Vorhersagen	39
5.3 Methodik der offenen <i>modell</i> -basierten Umfragen	40
5.4 Wie genau sind Abstimmungsumfragen in der Schweiz?	41



OECD-Mindeststeuer

Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist, und auch die Angaben zu den Unentschiedenen fehlen. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.

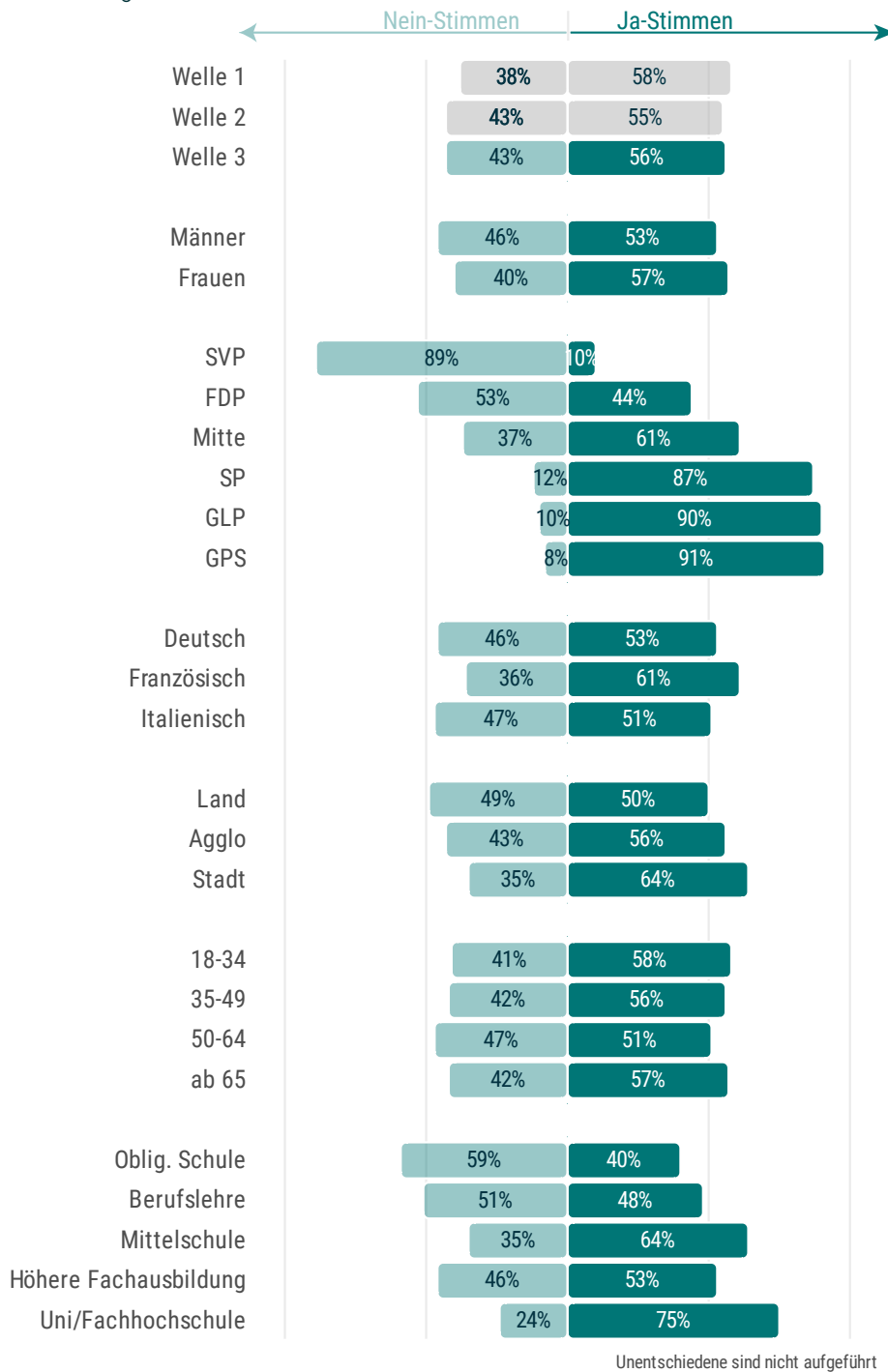


[Direkt zu den Tabellen](#)



Klimaschutzgesetz

Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist, und auch die Angaben zu den Unentschiedenen fehlen. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.

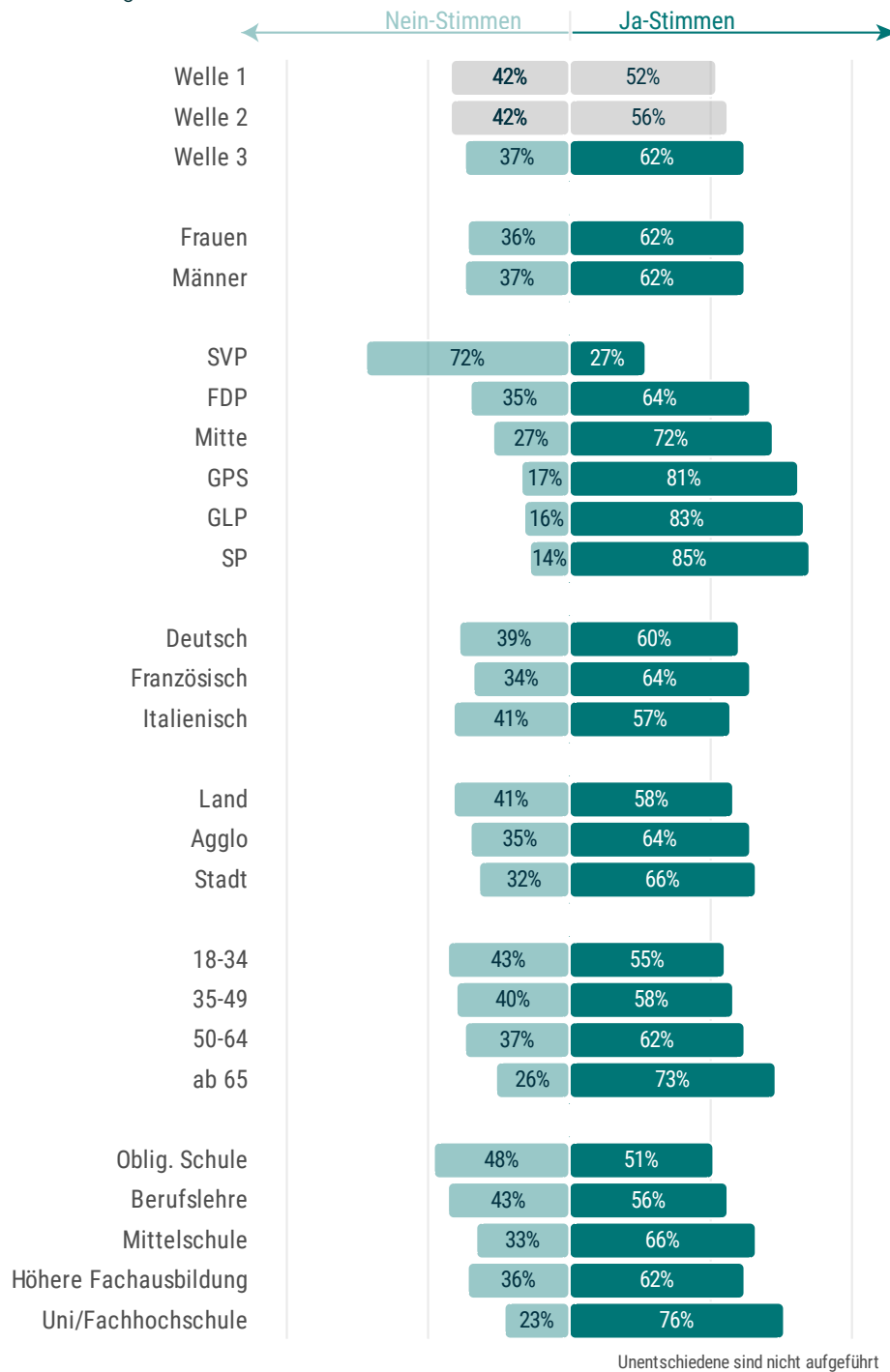


[Direkt zu den Tabellen](#)



Verlängerung des Covid-Gesetz

Die Graphik hier fasst die wichtigsten Resultate zusammen. Bitte beachten Sie, dass keine Unsicherheiten ausgewiesen sind, was insbesondere bei Subanalysen relevant ist, und auch die Angaben zu den Unentschiedenen fehlen. Diese zusätzlichen Informationen sind im Bericht in den folgenden Tabellen aufgeführt.



[Direkt zu den Tabellen](#)



Zusammenfassung der Resultate

Im Vorfeld der eidgenössischen Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023 wird die Diskussion vom als indirekten Gegenvorschlag zur so genannten "Gletscher-Initiative" gedachten Klimaschutz- und Innovationsgesetz beherrscht. Doch auch die Auseinandersetzung über die OECD/G20- Mindestbesteuerung setzt immer wieder hörbare Akzente. Bei der dritten eidgenössischen Abstimmungsvorlage – der Verlängerung des Covid-19-Gesetzes – ergeben sich jedoch kaum nennenswerte Debatten, was sowohl der bereits dritten Referendumsabstimmung über Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus als auch der vergleichsweise späten Formierung eines Befürworter*innenkomitees geschuldet sein dürfte.

Gemäss der 3. und letzten Welle der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage wird die Umsetzung der OECD/G20-Mindeststeuer für grosse, international tätige Unternehmensgruppen deutlich unterstützt (71%; 26% Nein). Die Vorlage geniesst in allen Bevölkerungsgruppen eine starke Zustimmung. Aufgrund ihrer breiten Abstützung in sämtlichen politischen Lagern einschliesslich der SP, die als einzige grosse Partei eine Nein-Parole beschlossen hat (GPS Stimmfreigabe), dürfte die Umsetzung der OECD/G20-Mindeststeuer angenommen werden. Bei den anderen beiden eidgenössischen Abstimmungsvorlagen bewahrten sich hingegen auch in der 3. Welle der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage die ausgeprägten Polarisierungsmuster, die sich während der ganzen Kampagne bereits abzeichneten. Zwar befürworteten insgesamt 56% das Klimaschutz- und Innovationsgesetz (43% Nein). Allerdings verfestigten sich die Stimmabsichten entlang von klaren parteipolitischen Bruchlinien. Während Sympathisant*innen linksgrüner Parteien (SP, GPS) sowie der GLP das Anliegen stark befürworten (jene der Mitte mehrheitlich), verwerfen die SVP-Anhänger*innen die Vorlage deutlich (89%). Auch in der 3. Welle zeigt sich eine weiterhin gespaltene FDP-Basis (44% Ja bei 53% Nein). Überdies ergeben sich beim Klimaschutz- und Innovationsgesetz merkliche Unterschiede zwischen den Sprachregionen und nach Siedlungstyp. Dennoch dürfte die Vorlage eher angenommen werden. Angenommen werden dürfte auch die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes – trotz der deutlichen Ablehnung durch die SVP-Sympathisant*innen (72% Nein).

OECD/G20-Mindeststeuer

Wie es sich in den beiden vorangegangenen Wellen abgezeichnet hat, kann die OECD/G20-Mindeststeuer für grosse, international tätige Konzerne auf eine hohe Unterstützung zählen: 71% geben an, das Anliegen zu unterstützen. 26% sprechen sich dagegen aus, während 3% weiterhin keine Angaben zu ihren Stimmabsichten machen. Die Vorlage geniesst in allen Bevölkerungsgruppen eine grosse Zustimmung.

Bei den Befürworter*innen zählt vor allem das Argument, dass die von der OECD und den G20 verabschiedete Mindeststeuer gerecht sei. Diese verpflichte international tätige Unternehmensgruppen dazu, einen grösseren Teil ihrer Steuern in der Schweiz zu bezahlen. 29% sind der Meinung, eine Nichtumsetzung der neuen OECD-Regeln führe dazu, dass andere Staaten die Zusatzsteuer von Unternehmen in der Schweiz erheben würden, so dass der Schweiz diese Einnahmen entgingen. Für die Gegner*innen ist hingegen entscheidend, dass die OECD/G20-Mindeststeuer



die wirtschaftliche Attraktivität der Schweiz untergrabe. Es drohe die Abwanderung grosser, international tätiger Konzerne und ein Verlust an Arbeitsplätzen (29%). 27% geben an, dass nicht geregelt sei, wofür die Mehreinnahmen eingesetzt werden. Diese sollten der ganzen Bevölkerung zugutekommen (u. a. zur Finanzierung von Krankenkassen-Prämienverbilligungen oder zusätzlichen Kitaplätzen) – und nicht für einseitige Steuersenkungen aufgewendet werden.

Ausblick: Die Vorlage dürfte angenommen werden.

Klimaschutz- und Innovationsgesetz

Das Klimaschutz und Innovationsgesetz kommt in der letzten Befragung auf 56% Ja-Stimmen. 43% sprechen sich dagegen aus, während 1% noch keine Angaben zu seinen Stimmabsichten macht. Es zeigt sich ein klarer parteipolitischer Gegensatz: Sympathisant*innen der linksgrünen Parteien SP und GPS sowie der GLP befürworten das Anliegen stark, während die Vorlage insbesondere von den SVP-Anhänger*innen deutlich abgelehnt wird (89% Nein). Auch unter den Anhänger*innen der Mitte findet das Anliegen eine klare Mehrheit. Grosse Unterstützung findet das Anliegen in der städtischen Bevölkerung (64% Ja) sowie in der Romandie (61% Ja).

Die beiden wichtigsten Argumente der Befürworter*innen sind, dass die Schweiz einen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten solle (43%) und dass der Verzicht auf fossile Energieträger die Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland reduziere, was die Energieversorgungssicherheit erhöhe (26%). 36% der Gegner*innen ist hingegen der Meinung, dass das Klimaschutzgesetz einen massiv höheren Stromverbrauch zur Folge habe, wodurch die jährlichen Energiekosten pro Kopf um mehrere Tausend Franken ansteigen würden. Überdies argumentiert die Gegnerschaft, dass die erneuerbaren Energien den Wegfall von fossilen Energieträgern nicht kompensieren können, weshalb in den Wintermonaten Versorgungslücken drohten (28%).

Ausblick: Die Vorlage dürfte eher angenommen werden.

Covid-19-Gesetz

Auch in der dritten Befragungswelle unterstützt eine Mehrheit die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes (62% Ja-Stimmen). 37% lehnen dessen Verlängerung ab und 1% macht noch keine Angaben zu seinen Stimmabsichten. Damit ist im Vergleich zur zweiten Befragung das Nein-Lager von 42 auf 37% geschrumpft. Anhänger*innen der SVP sprechen sich deutlich gegen die Weiterführung aus (72% Nein). Die Zustimmung ist in der ältesten Altersgruppe am höchsten (73%).

Die Mehrheit der Befürworter*innen ist der Meinung, dass die Entwicklung des Coronavirus weiterhin unvorhersehbar sei und neue Coronawellen jederzeit möglich bleiben (46%). Daher bräuchten die Behörden weiterhin gesetzliche Grundlagen, um im Notfall rasch handeln zu können (u.a. zum Schutz besonders gefährdeter Personen oder des Gesundheitswesens). Knapp ein Drittel attestiert dem Covid-19-Gesetz und dem Covid-Zertifikat das Potenzial, zu verhindern, dass es im Falle einer weiteren heftigen Coronawelle wieder zu Schliessungen von Betrieben und weiteren



Grundrechtseinschränkungen kommen könnte. Hingegen ist für die Gegner*innen der Vorlage das wichtigste Argument, dass die Covid-19-Pandemie zu Ende sei und es keine Massnahmen mehr brauche (49%). Zudem finden 31%, dass es die Verlängerung des Covid-Zertifikats weiterhin möglich mache, Ungeimpfte zu diskriminieren und vom öffentlichen Leben auszuschliessen.

Ausblick: Die Vorlage dürfte angenommen werden.



Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 11'953 nach demographischen, geographischen und politischen Variablen modellierten Antworten von Umfrageteilnehmer*Innen (9'365 aus der Deutschschweiz, 2'257 aus der Romandie und 331 aus dem Tessin).

- Umfragetage: 31. Mai – 1. Juni 2023
- Auswertungszeitraum: 2. – 5. Juni 2023
- Stichproben-Fehlerbereich: ± 1.4 % Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.



Umfassende 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die 20 Minuten-/Tamedia-Wahlumfragen werden in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH durchgeführt. LeeWas modelliert die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von 20 Minuten und Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind unter www.tamedia.ch/umfragen abrufbar.

Beteiligte Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, Sonntagszeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen
Romandie: 20 Minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche
Tessin: 20 Minuti

Kontakt

Florian Näf, Communications and Public Affairs Manager, TX Group
+41 76 211 95 02, florian.naef@tx.group

Projektleitung: Florian Näf, florian.naef@tx.group

Projektkoordination: Jean-Claude Gerber, jean-claude.gerber@20minuten.ch, Edgar Schuler, edgar.schuler@tamedia.ch

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,
Rahel Freiburghaus (freiburghaus@leewas.ch), Lucas Leemann (leemann@leewas.ch), Fabio Wasserfallen (wasserfallen@leewas.ch), Thomas Willi (willi@leewas.ch), Jenny Yin (yin@leewas.ch),



Über 20 Minuten

Ende 1999 für eine junge und urbane Zielgruppe der Region Zürich lanciert, hat sich die Pendlerzeitung 20 Minuten zum reichweitenstärksten Schweizer Medientitel mit Präsenz in der Deutschschweiz, der Westschweiz und im Tessin entwickelt. In acht gedruckten Lokalausgaben fünfmal die Woche und digital rund um die Uhr informiert und unterhält 20 Minuten in drei Sprachen mit Geschichten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Unterhaltung. Auf den digitalen Kanälen bietet 20 Minuten auch Bewegtbild, Audio-Formate, Radio und weitere zukunftsweisende Technologien. 20 Minuten ist ein Teil der TX Group und umfasst 20 Minuten, 20 minutes und 20 minuti, 20 Minuten Radio, lematin.ch, Encore und die Beteiligungen im Ausland (Lessentiel in Luxemburg und Heute in Österreich).

Über Tamedia

Tamedia geht auf den 1893 gegründeten Tages-Anzeiger zurück. Heute ist das nationale Medienhaus in der Deutschschweiz und der Romandie aktiv und umfasst das führende Redaktionsnetzwerk. Die Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und Newsplattformen von Tamedia sind lokal verankert und international vernetzt. Sie schaffen Öffentlichkeit und bieten Orientierung sowie Unterhaltung. Zu den namhaften Medienmarken von Tamedia zählen unter anderem 24 heures, Basler Zeitung, Bilan, BZ Berner Zeitung, Das Magazin, Der Bund, Finanz und Wirtschaft, Le Matin Dimanche, Schweizer Familie, SonntagsZeitung, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève sowie die Zürcher Regionalzeitungen. Darüber hinaus gehören die drei grössten Zeitungsdruckereien der Schweiz zum Portfolio. Tamedia ist ein Unternehmen der TX Group.

Weitere Informationen zu Tamedia für Medienschaffende:

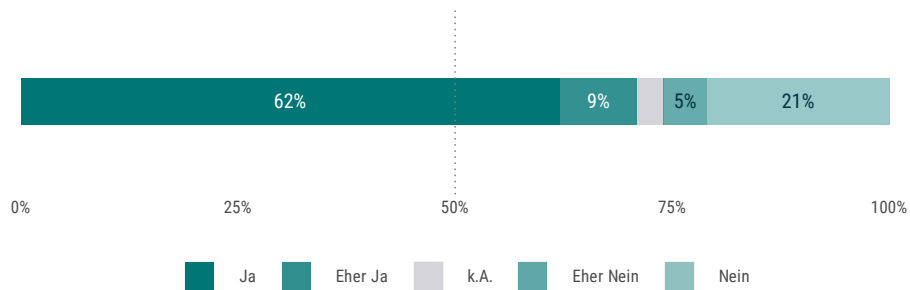
<https://www.tamedia.ch/de/unternehmen/newsroom/medienmitteilungen>



1 OECD-Mindeststeuer

Tabelle 1: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	%	
Ja	62	} 71
Eher Ja	9	
Eher Nein	5	} 26
Nein	21	
Keine Angabe	3	
Statistische Unschärfe (±)	1	



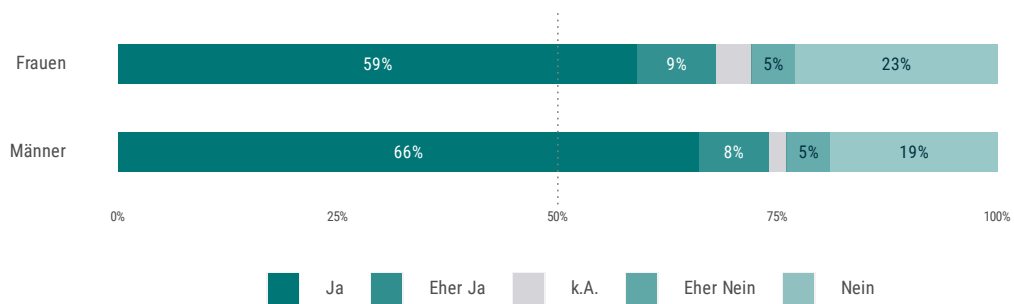
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 2: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	66	59
Eher Ja	8	9
Eher Nein	5	5
Nein	19	23
Keine Angabe	2	4
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



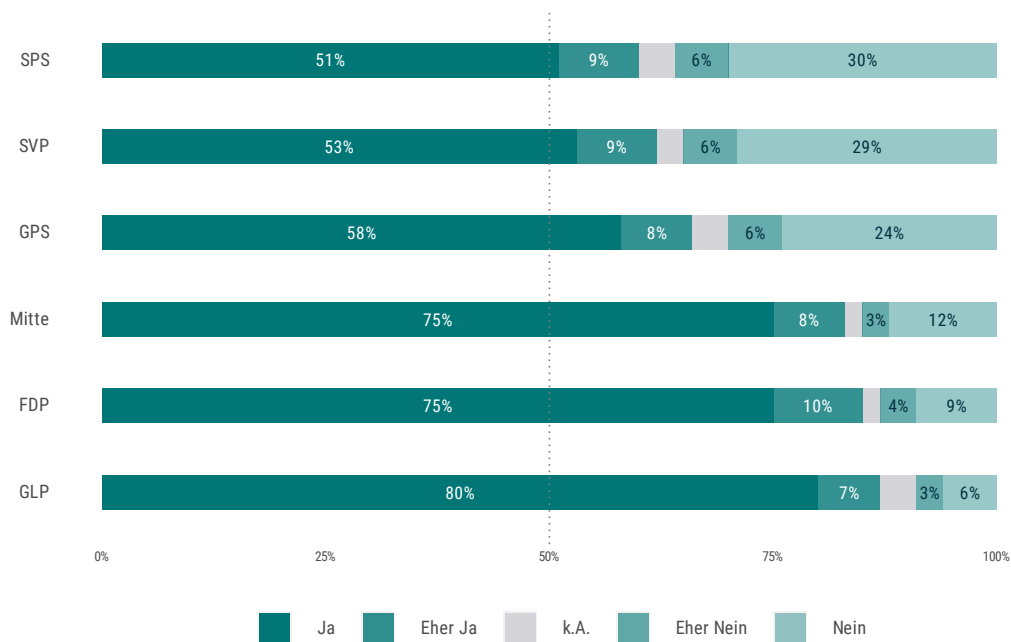
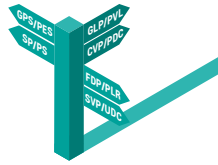
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 3: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	75	75	51	53	58	80
Eher Ja	10	8	9	9	8	7
Eher Nein	4	3	6	6	6	3
Nein	9	12	30	29	24	6
Keine Angabe	2	2	4	3	4	4
Statistische Unschärfe (±)	3	5	3	3	4	4



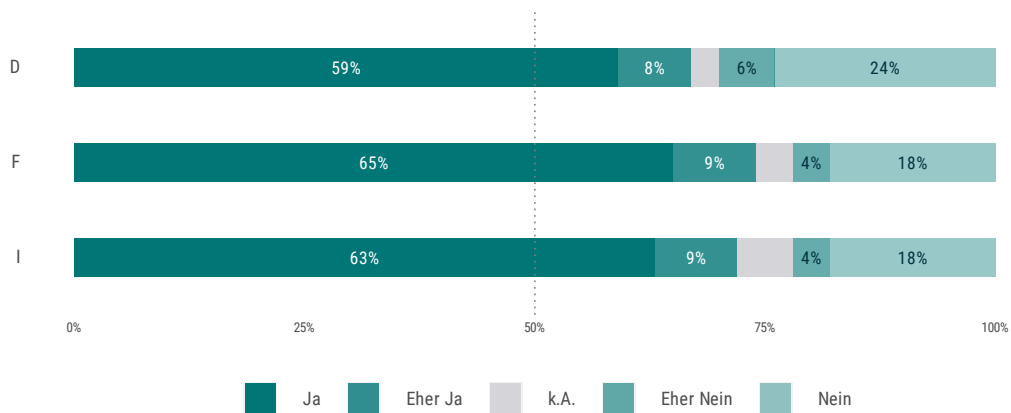
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 4: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	59	65	63
Eher Ja	8	9	9
Eher Nein	6	4	4
Nein	24	18	18
Keine Angabe	3	4	6
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	6



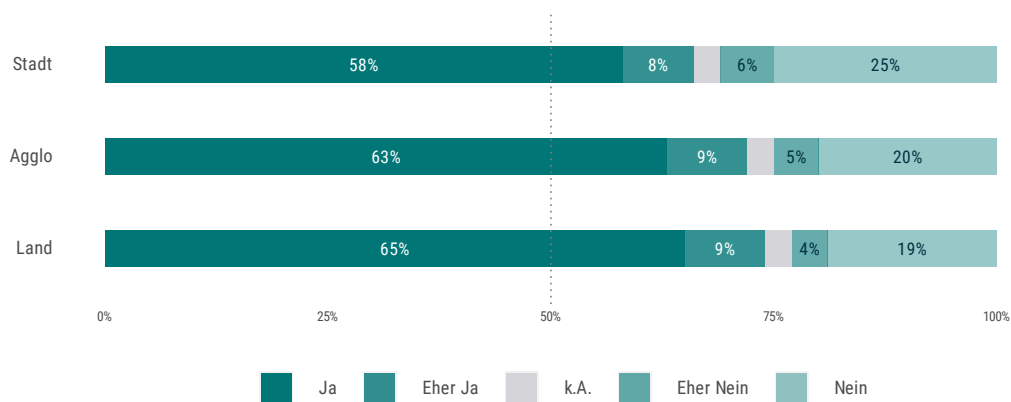
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 5: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	58	63	65
Eher Ja	8	9	9
Eher Nein	6	5	4
Nein	25	20	19
Keine Angabe	3	3	3
Statistische Unschärfe (±)	3	2	2



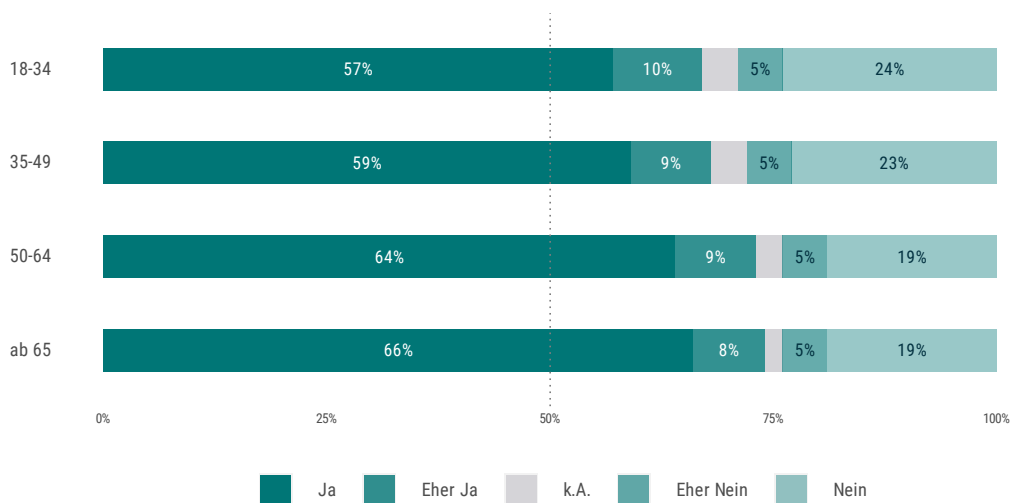
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 6: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	57	59	64	66
Eher Ja	10	9	9	8
Eher Nein	5	5	5	5
Nein	24	23	19	19
Keine Angabe	4	4	3	2
Statistische Unschärfe (±)	4	3	2	3



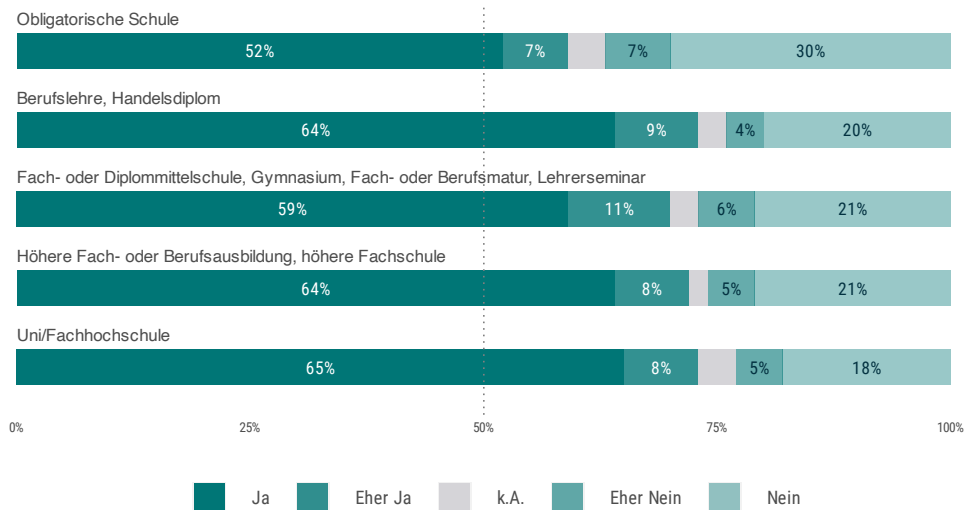
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 7: Werden Sie für die Mindeststeuer stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	52	64	59	64	65
Eher Ja	7	9	11	8	8
Eher Nein	7	4	6	5	5
Nein	30	20	21	21	18
Keine Angabe	4	3	3	2	4
Statistische Unschärfe (±)	8	2	4	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.7 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter*innen oder die Gegner*innen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 8: Welches Argument spricht am ehesten für die Mindeststeuer?

	%
Die Mindeststeuer ist gerecht, da sie grosse, international tätige Unternehmen verpflichtet, einen grösseren Teil ihrer Steuern in der Schweiz zu bezahlen.	35
Eine Nichtumsetzung der neuen OECD-Regeln führt dazu, dass andere Staaten die Zusatzsteuer von Unternehmen in der Schweiz erheben. Die Schweiz verliert diese Einnahmen.	29
Mit der OECD-Mindeststeuer wird der ungesunde internationale Steuerwettbewerb eingedämmt.	21
Mit den Zusatzeinnahmen können Kantone ihre wirtschaftliche Attraktivität stärken und andere Steuern bzw. Abgaben senken.	10
Ein anderes	2
Keines	3

Tabelle 9: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Mindeststeuer?

	%
Die Mindeststeuer untergräbt die wirtschaftliche Attraktivität der Schweiz. Es droht die Abwanderung von grossen, international tätigen Konzernen und ein Verlust an Arbeitsplätzen.	29
Es ist nicht geregelt, wofür die Mehreinnahmen eingesetzt werden. Statt für Steuersenkungen sollten sie verbindlich für Ausgaben verwendet werden, die der ganzen Bevölkerung zugutekommen (zum Beispiel für Verbilligung der Krankenkassenprämien, Finanzierung von zusätzlichen Kita-Plätzen).	27
Die Verteilung ist ungerecht. Von 75 Prozent der Mehreinnahmen profitieren nur vier finanzstarke Kantone. Andere Kantone gehen dagegen ganz oder fast leer aus.	26
Der Anteil der Kantone an den Mehreinnahmen ist zu hoch. Der Hauptteil des Geldes sollte an den Bund gehen.	8
Ein anderes	7
Keines	3

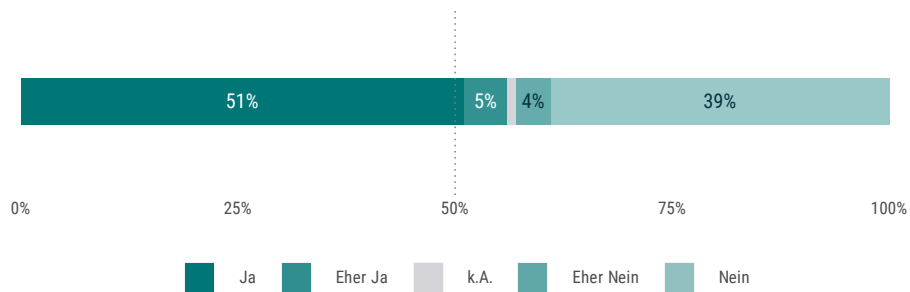
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2 Klimaschutzgesetz

Tabelle 10: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	%	
Ja	51	} 56
Eher Ja	5	
Eher Nein	4	} 43
Nein	39	
Keine Angabe	1	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



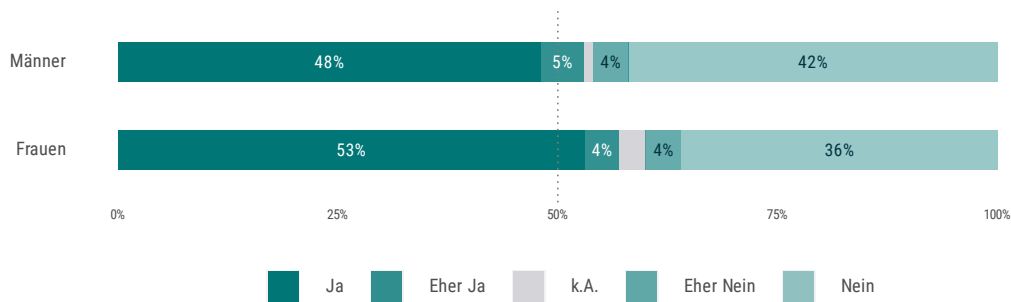
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 11: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	48	53
Eher Ja	5	4
Eher Nein	4	4
Nein	42	36
Keine Angabe	1	3
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



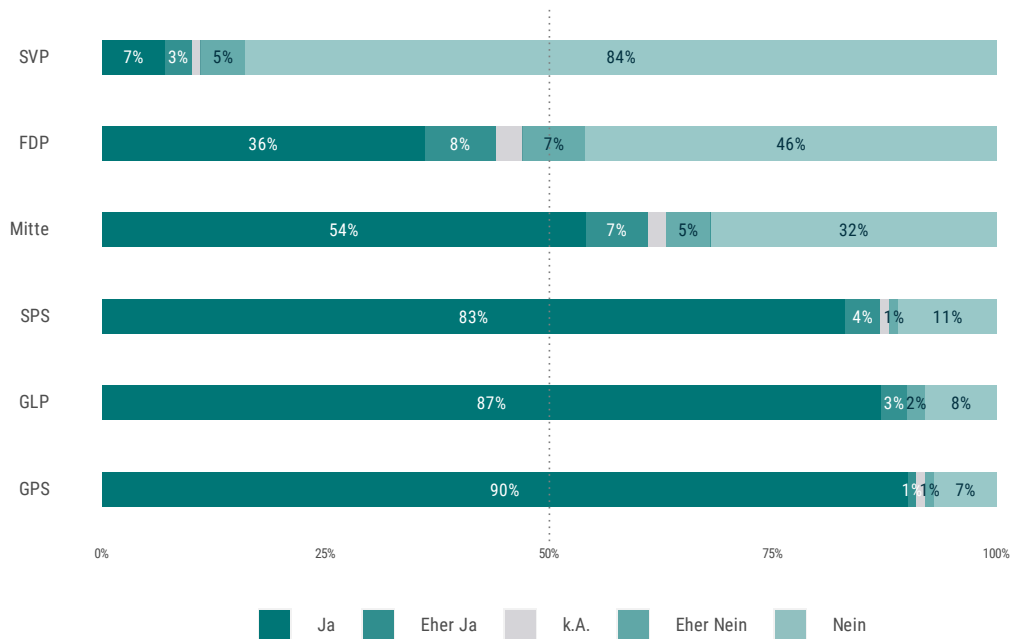
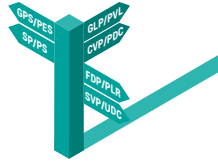
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 12: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	36	54	83	7	90	87
Eher Ja	8	7	4	3	1	3
Eher Nein	7	5	1	5	1	2
Nein	46	32	11	84	7	8
Keine Angabe	3	2	1	1	1	0
Statistische Unschärfe (±)	3	5	3	3	4	4



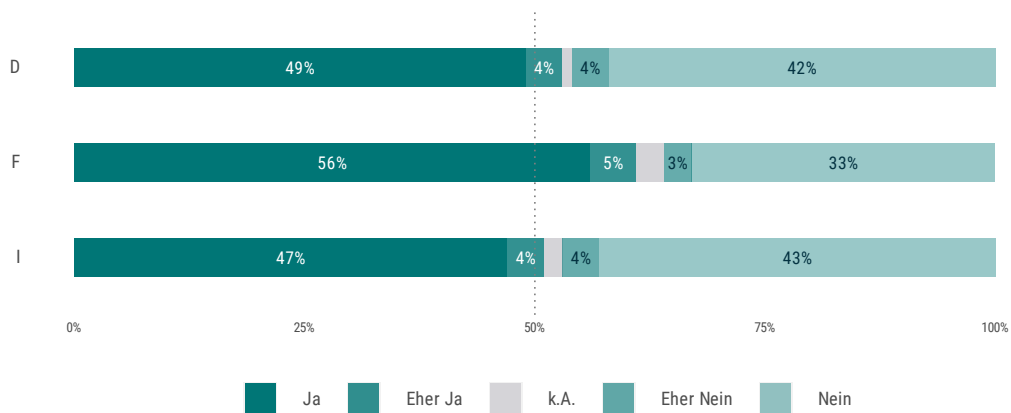
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 13: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	49	56	47
Eher Ja	4	5	4
Eher Nein	4	3	4
Nein	42	33	43
Keine Angabe	1	3	2
Statistische Unschärfe (±)	1	2	6



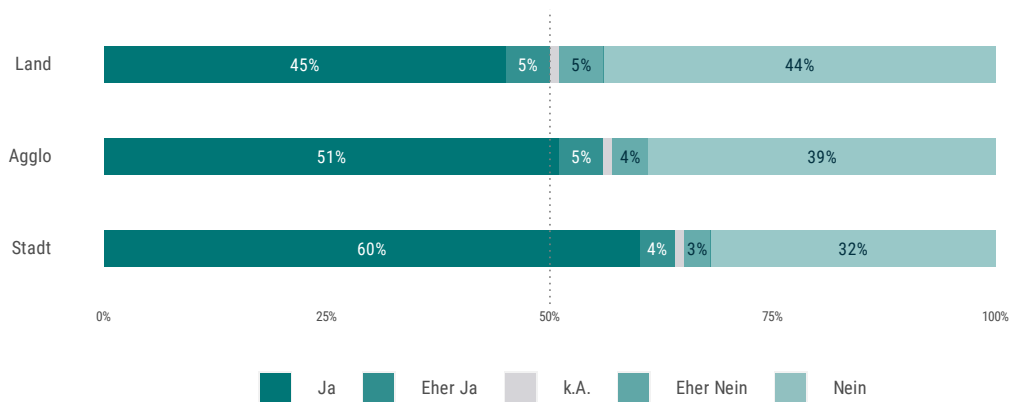
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 14: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	60	51	45
Eher Ja	4	5	5
Eher Nein	3	4	5
Nein	32	39	44
Keine Angabe	1	1	1
Statistische Unschärfe (±)	3	2	2



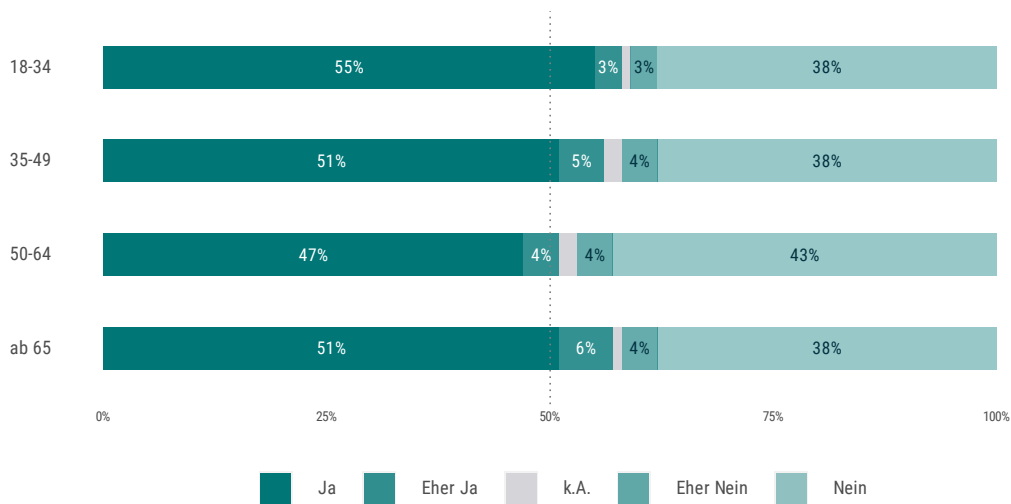
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 15: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	55	51	47	51
Eher Ja	3	5	4	6
Eher Nein	3	4	4	4
Nein	38	38	43	38
Keine Angabe	1	2	2	1
Statistische Unsicherheit (\pm)	4	3	2	3



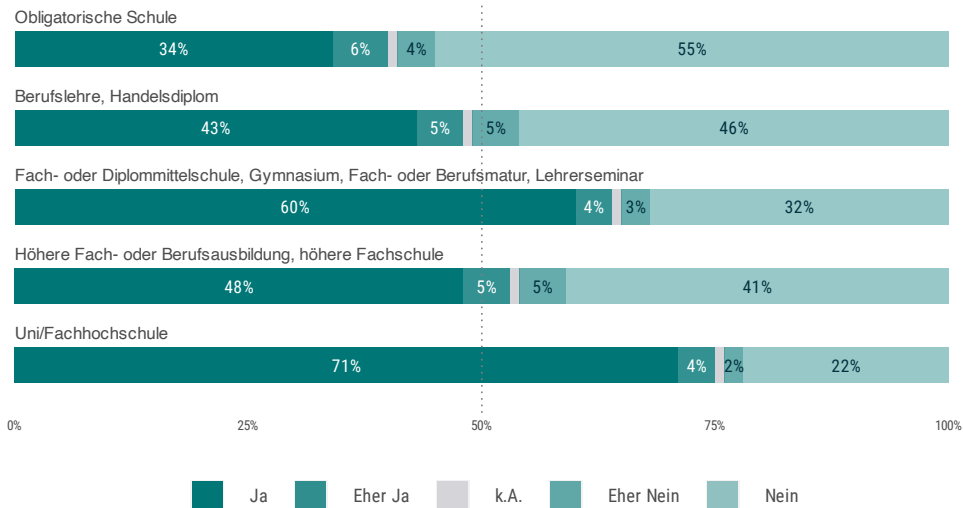
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 16: Werden Sie für das Klimaschutzgesetz stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	34	43	60	48	71
Eher Ja	6	5	4	5	4
Eher Nein	4	5	3	5	2
Nein	55	46	32	41	22
Keine Angabe	1	1	1	1	1
Statistische Unschärfe (±)	8	2	4	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.7 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter*innen oder die Gegner*innen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 17: Welches Argument spricht am ehesten für das Klimaschutzgesetz?

	%
Die Schweiz soll ihren Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten.	43
Der Verzicht auf fossile Energie reduziert die Abhängigkeit der Schweiz von Öl und Gas aus dem Ausland und erhöht die Energieversorgungssicherheit.	26
Über die nächsten zehn Jahre werden 3.2 Milliarden Franken aus der Bundeskasse in innovative Technologien und Prozesse investiert, was den Wirtschaftsstandort Schweiz fördert und Arbeitsplätze schafft.	16
Das Wetter spielt bereits verrückt (u.a. Hitzesommer, Unwetter). Wenn es so weitergeht, werden extreme Wetterphänomene und damit verbundene Probleme noch viel häufiger vorkommen.	13
Ein anderes	1
Keines	1

Tabelle 18: Welches Argument spricht am ehesten gegen das Klimaschutzgesetz?

	%
Das Klimaschutzgesetz hat einen massiv höheren Stromverbrauch zur Folge, wodurch die jährlichen Energiekosten pro Kopf um mehrere Tausend Franken ansteigen würden.	36
Erneuerbare Energien (u.a. Windkraft, Solar) können den Wegfall von fossilen Energieträgern nicht kompensieren. In den Wintermonaten drohen Versorgungslücken.	28
Das Klimaschutzgesetz bringt nichts, weil die kleine Schweiz gegen die globale Klimaerwärmung sowieso nichts ausrichten kann.	25
Ein anderes	7
Der Ausbau erneuerbarer Energien führt dazu, dass Solarpanels und Windkraftturbinen das Landschaftsbild zerstören.	4
Keines	0

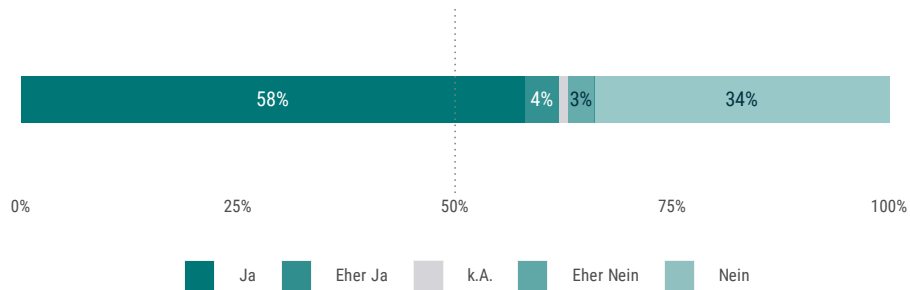
[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



3 Verlängerung des Covid-Gesetz

Tabelle 19: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	%	
Ja	58	} 62
Eher Ja	4	
Eher Nein	3	} 37
Nein	34	
Keine Angabe	1	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



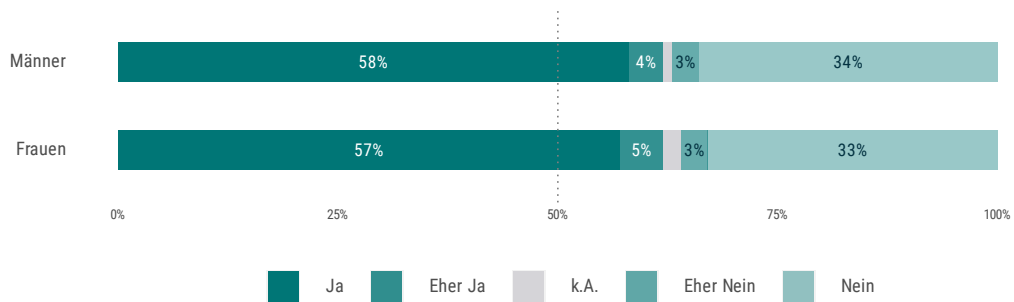
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 20: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	58	57
Eher Ja	4	5
Eher Nein	3	3
Nein	34	33
Keine Angabe	1	2
Statistische Unschärfe (\pm)	2	2



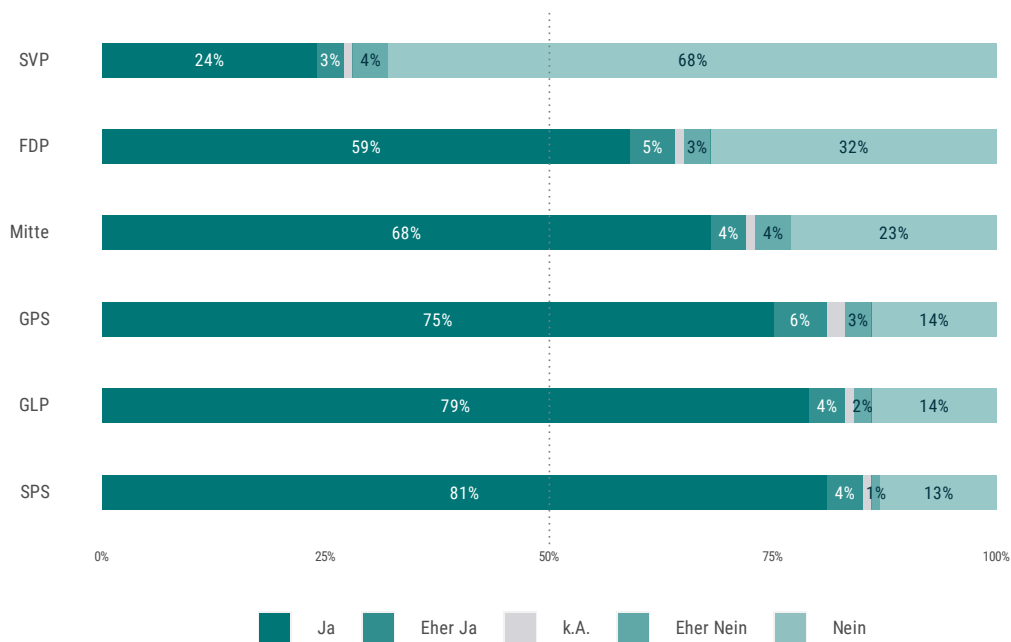
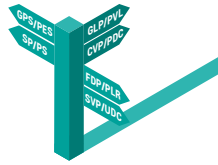
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 21: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	FDP	Mitte	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	59	68	81	24	75	79
Eher Ja	5	4	4	3	6	4
Eher Nein	3	4	1	4	3	2
Nein	32	23	13	68	14	14
Keine Angabe	1	1	1	1	2	1
Statistische Unschärfe (±)	3	5	3	3	4	4



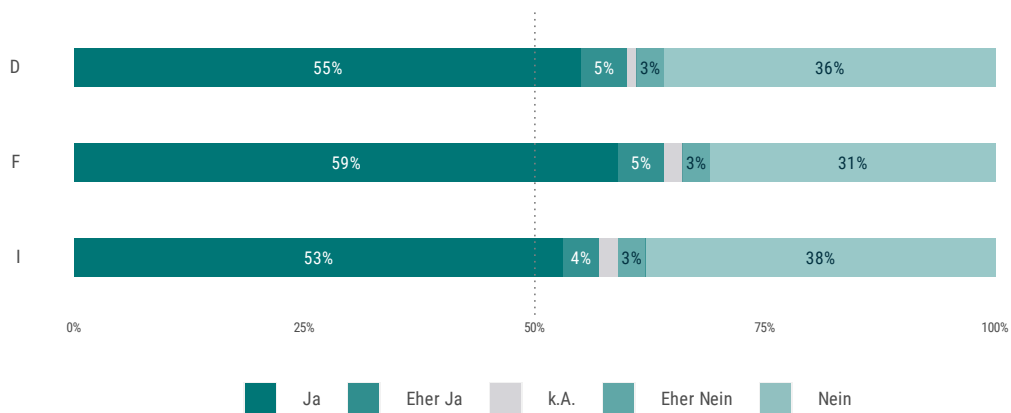
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 22: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	55	59	53
Eher Ja	5	5	4
Eher Nein	3	3	3
Nein	36	31	38
Keine Angabe	1	2	2
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	6



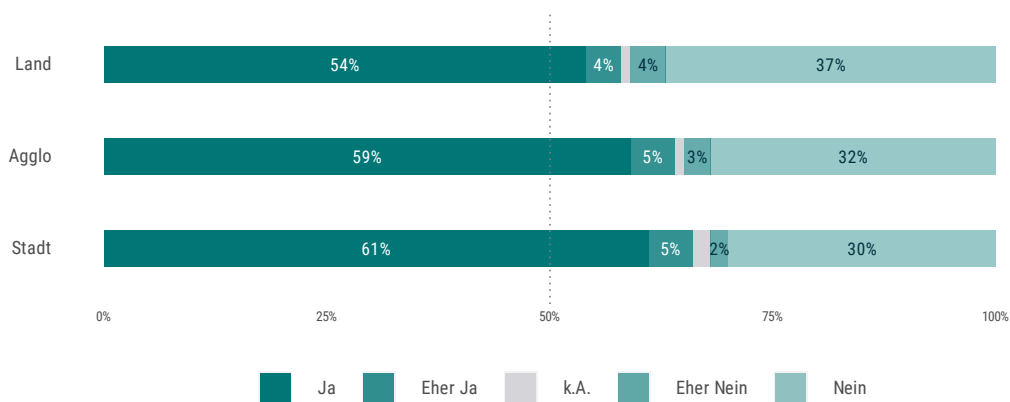
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 23: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	61	59	54
Eher Ja	5	5	4
Eher Nein	2	3	4
Nein	30	32	37
Keine Angabe	2	1	1
Statistische Unschärfe (±)	3	2	2



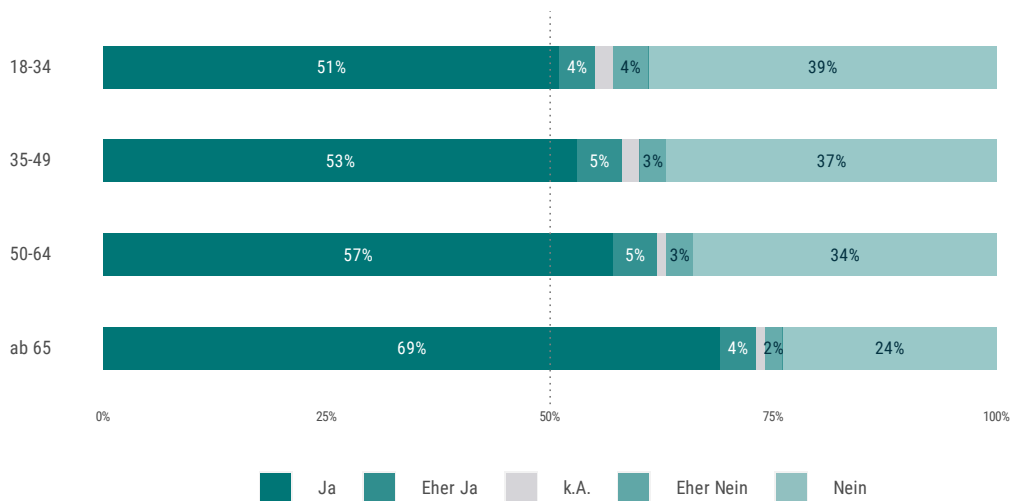
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 24: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	51	53	57	69
Eher Ja	4	5	5	4
Eher Nein	4	3	3	2
Nein	39	37	34	24
Keine Angabe	2	2	1	1
Statistische Unscharfe (\pm)	4	3	2	3



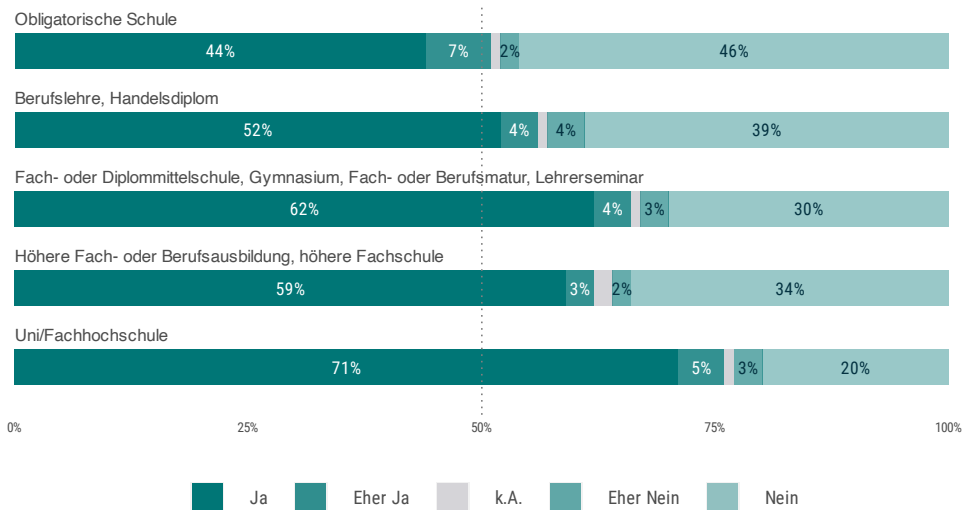
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.6 Unterstützung nach Bildungsabschluss

Tabelle 25: Werden Sie für die Verlängerung des Covid-Gesetzes stimmen?

	Obligatorische Schule	Berufslehre, Handelsdiplom	Diplommittelschule, Gymnasium, Fach- oder Berufsmatur, Lehrerseminar	Höhere Fach- oder Berufsausbildung, höhere Fachschule	Uni/Fachhochschule
Ja	44	52	62	59	71
Eher Ja	7	4	4	3	5
Eher Nein	2	4	3	2	3
Nein	46	39	30	34	20
Keine Angabe	1	1	1	2	1
Statistische Unschärfe (±)	8	2	4	2	2



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



3.7 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter*innen oder die Gegner*innen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 26: Welches Argument spricht am ehesten für die Verlängerung des Covid-Gesetzes?

	%
Da die Entwicklung des Coronavirus noch immer schwer abschätzbar ist und neue Coronawellen jederzeit möglich bleiben, braucht es das Gesetz weiterhin.	46
Das Covid-19-Gesetz und das Covid-Zertifikat verhindern, dass es im Fall einer weiteren heftigen Coronawelle wieder zu Schliessungen von Betrieben und weiteren Grundrechtseinschränkungen kommt.	27
Das Covid-19-Gesetz bildet die gesetzliche Grundlage für das Covid-Zertifikat, das Auslandsreisen vereinfacht.	18
Ein anderes	6
Keines	3



Tabelle 27: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Verlängerung des Covid-Gesetzes?

	%
Die Covid-19-Pandemie ist zu Ende; es braucht keine Massnahmen mehr.	49
Mit der Verlängerung des Covid-Zertifikats ist es weiter möglich, Ungeimpfte zu diskriminieren und sie vom öffentlichen Leben auszuschliessen. Das spaltet die Gesellschaft.	31
Das Covid-19-Gesetz und das Covid-Zertifikat ermöglichen eine Überwachung der Gesellschaft.	13
Ein anderes	5
Keines	2

[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



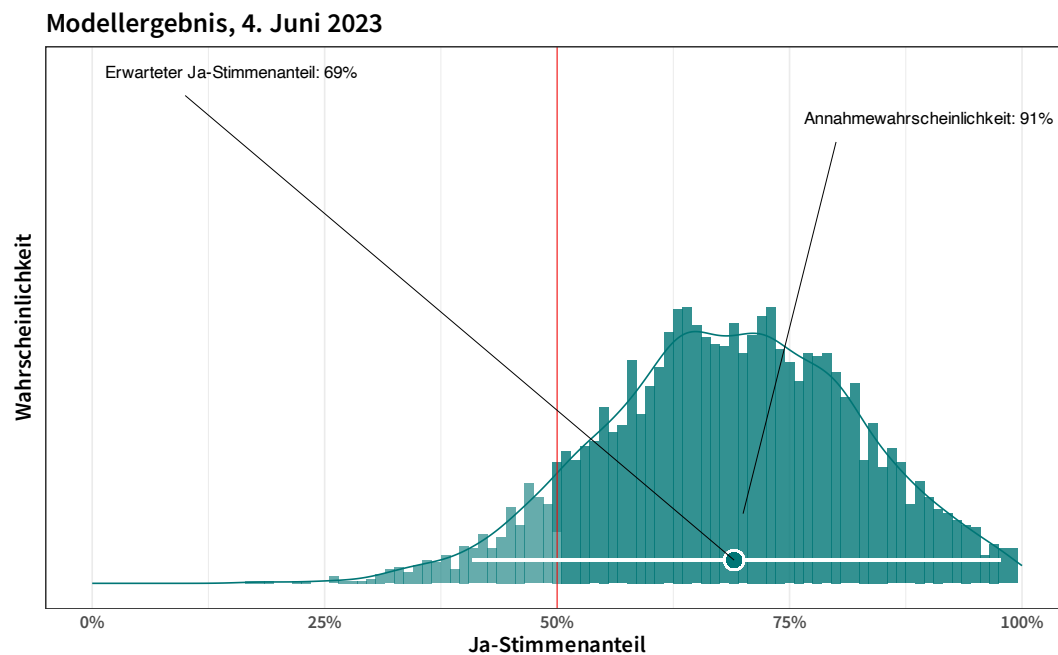
4 Vorhersagen für die Vorlagen

Neben den aktuellen Zustimmungen (siehe z.B. Seite 11) weist dieser Bericht auch die Resultate eines Prognosemodelles aus. Dieses Modell beruht auf historischen Daten von vergangenen Abstimmungen sowie den vorhergehenden Umfragewellen für die aktuellen Abstimmungen. Basierend auf diesem Modell kann der *erwartete Ja-Stimmenanteil* sowie die *Annahmewahrscheinlichkeit* geschätzt werden.

4.1 OECD-Mindeststeuer

Annahmewahrscheinlichkeit: Die Annahme der OECD/G20-Mindeststeuer ist gemäss dem Prognosemodell *sehr wahrscheinlich* (91%). Das bedeutet, dass die Vorlage gemäss dem Modell in neun von zehn Fällen angenommen werden sollte.

Erwarteter Ja-Stimmenanteil: Gemäss dem Informationsstand am 4. Juni 2023 liegt der erwartete Ja-Stimmenanteil für die OECD-Mindeststeuer bei 69% ($\pm 29\%$ -Punkte, 95%-Intervall 40% - 98%).



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



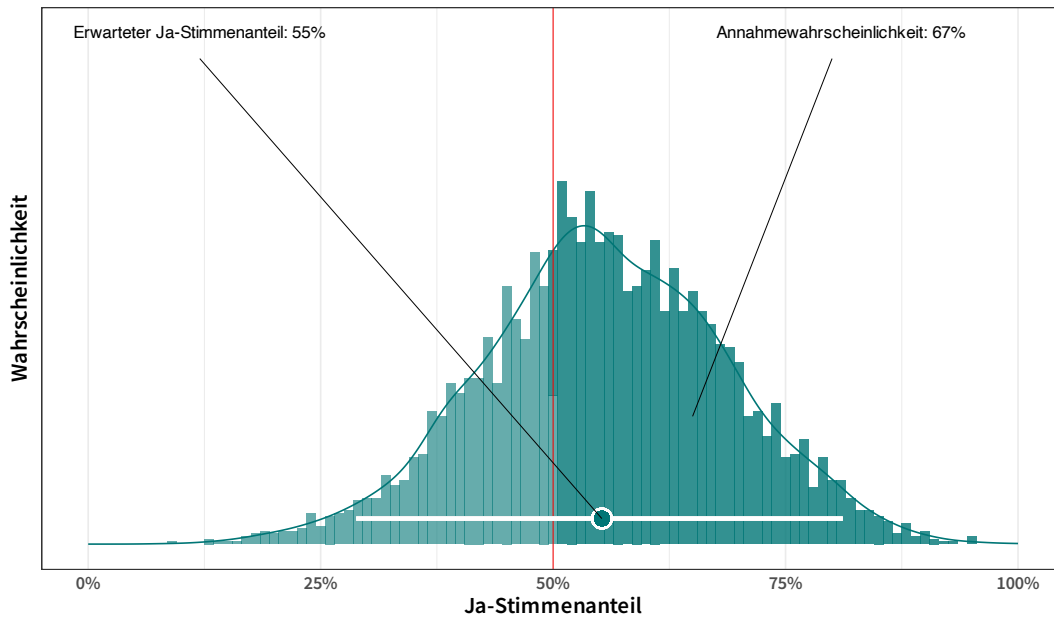
4.2 Klimaschutzgesetz

Annahmewahrscheinlichkeit: Die Annahme des Klimaschutzgesetzes ist laut dem Prognosemodell *eher wahrscheinlich* (67%). Das bedeutet, dass die Vorlage gemäss Modell in etwas weniger als sieben von zehn Fällen angenommen werden sollte.

Erwarteter Ja-Stimmenanteil: Gemäss dem Informationsstand am 4. Juni 2023 liegt der erwartete Ja-Stimmenanteil für das Klimaschutzgesetz bei 55% ($\pm 26\%$ -Punkte, 95%-Intervall 29% - 81%).

Mehr zu Wahrscheinlichkeiten und Vorhersagen erläutern wir auf Seite 39.

Modellergebnis, 4. Juni 2023



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



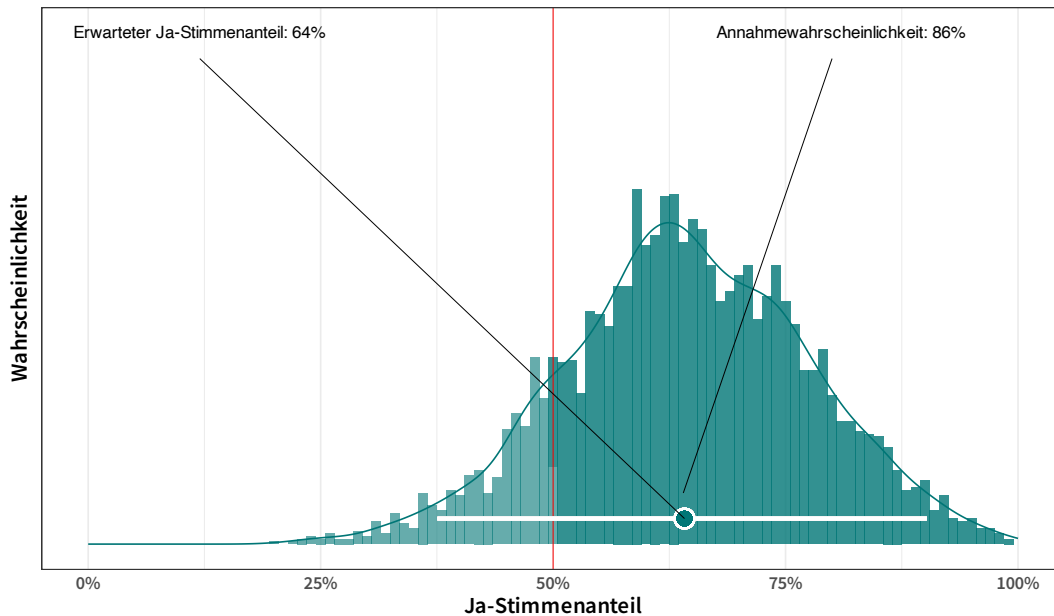
4.3 Verlängerung des Covid-Gesetz

Annahmewahrscheinlichkeit: Die Annahme der Verlängerung des Covid-Gesetzes ist gemäss dem Prognosemodell *wahrscheinlich* (86%). Das bedeutet, dass die Vorlage gemäss Modell in etwas weniger als neun von zehn Fällen angenommen werden sollte.

Erwarteter Ja-Stimmenanteil: Gemäss dem Informationsstand am 4. Juni 2023 liegt der erwartete Ja-Stimmenanteil für die Verlängerung des Covid-Gesetzes bei 64% ($\pm 26\%$ -Punkte, 95%-Intervall 38% - 90%).

Mehr zu Wahrscheinlichkeiten und Vorhersagen erläutern wir auf Seite 39.

Modellergebnis, 4. Juni 2023



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5 Technischer Anhang

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 11'953 UmfrageteilnehmerInnen (9'365 aus der Deutschschweiz, 2'257 aus der Romandie und 331 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α -Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm 1.4\%$ -Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 31. Mai – 1. Juni 2023 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen modelliert.

5.1 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der ersten Umfrage-Welle (siehe Tabelle 28, ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm 10\%$ gross, da deutlich weniger Tessiner an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100 mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" \pm "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 28: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Habe mich noch nicht entschieden	2	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Die selbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere



bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.¹ Die angegebenen statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden in der Unterstützung gesprochen werden kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

5.2 Vorhersagen

Die Vorhersagen beruhen auf einem Modell. Dieses Prognosemodell berücksichtigt Daten, die ungefähr 14 Tage vor dem Abstimmungstermin vorliegen. Das Modell geht von einem normalen Kampagnenverlauf aus, d.h. unerwartete Ereignisse können nicht antizipiert werden.

Das Prognosemodell generiert einen Vorhersagewert und einen dazugehörigen Vertrauensbereich (auch Unsicherheitsbereich genannt). Je kleiner die Unsicherheit des Modelles, desto eher kann man sich auf die Vorhersage verlassen.

Um die Vorhersage des statistischen Modelles einfacher interpretieren zu können, übersetzen wir Annahmewahrscheinlichkeiten in sprachliche Kategorien. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Kategorisierung.

Tabelle 29: Annahmewahrscheinlichkeiten

Annahmewahrscheinlichkeit	
90-100%	Annahme sehr wahrscheinlich
75-89%	Annahme wahrscheinlich
60-74%	Annahme eher wahrscheinlich
40-59%	offener Ausgang
25-39%	Annahme eher unwahrscheinlich
10-24%	Annahme unwahrscheinlich
0-9%	Annahme sehr unwahrscheinlich

Die Grundlage für die Unsicherheit bildet eine Simulation, in der 1000 Abstimmungsausgänge modelliert werden (siehe Abbildungen auf Seiten 35, 36 und 37).

[Zurück zur Zusammenfassung](#)

¹Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet nie fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.



5.3 Methodik der offenen *modell*-basierten Umfragen

In der Umfrageforschung gibt es zwei verschiedene Arten, wie Teilnehmende zur Befragung gelangen. Als Standard galt lange die Telefonumfrage, die auf der Theorie der Zufallsstichprobe aufbaut. Hier wurde eine sogenannte "repräsentative" Stichprobe von ca. 1'000 Teilnehmenden befragt. Die Analyse dieser Stichprobe war einfach, präzise und robust, solange jede Person dieselbe Wahrscheinlichkeit hatte, per Telefon befragt zu werden. Heute sind jedoch viele Personen kaum mehr telefonisch erreichbar und/oder möchten oft nicht an diesen Umfragen teilnehmen. Dass Personen, die erreichbar sind und an Befragungen teilnehmen, sich systematisch von jenen unterscheiden, die nicht erreichbar sind und nicht teilnehmen, führt zu erheblichen Problemen für die telefonischen Umfragen.

Diese Probleme sind bekannt und es wurden neue Methoden entwickelt, die einen anderen Ansatz verfolgen. Es handelt sich dabei um sogenannte *modell*-basierte Umfragen. Der grösste Unterschied zu den Telefonumfragen ist zum einen die Grösse der Stichprobe und zum anderen die eingesetzten statistischen Modellierungsverfahren, welche bei Telefonumfragen nicht zur Anwendung kommen (siehe auch [Tabelle 30](#) für eine Gegenüberstellung der beiden Methoden). Wir haben diesen Ansatz 2014 in der Schweiz eingeführt und dadurch die Qualität der politischen Umfragen der Schweiz nachhaltig verbessert (siehe beispielsweise die damalige Berichterstattung: [NZZ, Die Zeit, Südostschweiz](#)).

Eine weitere Unterscheidung ist, ob Umfragen offen oder geschlossen sind. Bei offenen Umfragen können im Prinzip alle Personen teilnehmen, was bei geschlossenen Befragungen nicht möglich ist – in diesem Falle erfolgt die Teilnahme über eine individuelle Einladung. Wir führen beide Befragungsarten durch, die 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen führen wir jedoch offen durch, es können also alle Personen mit einem Internetzugang teilnehmen. Im Folgenden diskutieren wir die Logik der offenen Umfragen und die erforderliche statistische Modellierung für diese Form der Umfragen.

Bei offenen Umfragen nehmen Personen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich oft teil. Deshalb bedarf es einer komplexen statistischen Modellierung, um mögliche Verzerrungen auszugleichen. Das Augenmerk unserer Ansatzes liegt deshalb weniger auf der Erstellung der Stichprobe, sondern auf der statistischen Modellierung der Rohdaten. Dafür analysieren wir politische, geografische und demografische Informationen in einem mehrstufigen Verfahren. Die theoretische Fundierung der modellbasierten Analyse orientiert sich unter anderem an der aktuellen Forschung zu Mehrebenenmodellen und Poststratifikation.² Unsere statistische Methode wertet in mehreren Schritten Daten über die Zusammensetzungen der Wähler*innenschaft im Vergleich zur Stichprobe aus. Skizzenhaft sieht dieser Prozess folgendermassen aus:

- Im ersten Schritt werden verschiedene Idealtypen definiert, bspw. 18-35 jährige Bernerinnen, die in der Stadt wohnen, einen Lehrabschluss haben und mit der FDP sympathisieren.
- Im zweiten Schritt schätzen wir Bayesianische Mehrebenenmodelle und berechnen für je-

²Lesen Sie dazu auch den folgenden Blogbeitrag [hier](#) oder die aufgelisteten Publikationen am Ende des Berichts.



den möglichen Idealtypen die erwartete Unterstützung.

- Im dritten Schritt berechnen wir die Unterstützung in der gesamten Stimmbevölkerung.

Unser Ansatz basiert auf unserer langjährigen akademischen Forschung, die wir in renommierten Fachzeitschriften publiziert haben (*American Political Science Review*, *American Journal of Political Science* und *Journal of Politics*). Insofern ist die Auswertung der 20-Minuten/Tamedia-Abstimmungs-umfragen ein Spin-off der universitären Forschung von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen. Die konkrete methodische Durchführung ist komplex, aber die Intuition der Methodik ist einfach: Der Fokus liegt nicht auf der Erstellung der "zufälligen" Stichprobe, sondern in der Auswertung der grossen Onlinestichprobe (in unserem Fall sind dies mehr als 10'000 Befragte).

Die Durchführung der statistischen Modellierung ist mit mehreren Modellierungsentscheidungen verbunden, welche wir permanent überprüfen und hinterfragen. Eine wichtige Annahme unserer Methode ist, dass sich beispielsweise die 18-35 jährigen Bernerinnen, die eine Berufslehre absolviert haben, in der Stadt leben, mit der FDP sympathisieren und an der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage teilnehmen, nicht systematisch von den 18-35 jährigen Bernerinnen mit denselben Merkmalen unterscheiden, die nicht an der Umfrage teilnehmen.³ Tabelle 30 fasst die wesentlichen Unterschiede in der Methodik von Online- und Telefonumfragen zusammen.

Tabelle 30: Vergleich Online- und Telefonumfragen

	Moderne Umfragen	Traditionelle Umfragen
Fokus	Bereinigung und Modellierung	Erstellung der pseudo-zufälligen Stichprobe
Theorie	Mehrebenenmodelle Poststratifikation	Zufallsstichprobe
Stärken	Funktioniert auch bei hoher non-response	einfach
Schwächen	Komplexe Modellierung notwendig	Zufallsstichproben sind unerreichbares Ideal

5.4 Wie genau sind Abstimmungsumfragen in der Schweiz?

Die Genauigkeit von Abstimmungsumfragen zu eruieren ist gar nicht so einfach, da sich die Unterstützung von Vorlagen über die Zeit verändert und in den letzten Tagen vor dem Abstimmungs-sonntag in der Schweiz keine Umfragen mehr publiziert werden. Grundsätzlich sind die etablierten Umfragen in der Schweiz von guter Qualität. Wichtig ist zudem, dass eine Mehrzahl von seriös durchgeführten Umfragen die Qualität insgesamt verbessert und den Informationsstand der Bevölkerung steigert. Elementar ist aus unserer Sicht, dass Umfragen öffentlich publiziert werden und nicht exklusiv einzelnen Interessengruppen für Ihre Kampagnen zur Verfügung stehen. Wenn Umfrageresultate als *res publica* für alle zugänglich, bieten diese eine demokratisch wertvolle Orientierungshilfe. Trotzdem sollten Umfragen immer mit einer gewissen Vorsicht interpretiert

³Bei jungen Leuten ist diese Annahme wohl unproblematisch, nicht aber bei älteren Wähler*innen.



werden.

Gehen wir also zurück zur Frage, wie genau die Umfrageresultate eigentlich sind. Der folgende Vergleich soll es jeder Leser*in erlauben, sich ein eigenes Bild in Bezug auf die Qualität der etablierten Umfragen in der Schweiz zu machen. Hierzu vergleichen wir die Resultate unserer *modell*-basierten Methode mit jener der SRG-Trendstudien, welches die andere regelmässige Umfrage im Vorfeld von eidgenössischen Vorlagen ist. Für diesen Vergleich setzen wir die Umfrageresultate dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis gegenüber. Dafür werden die letzten publizierten Werte mit dem Abstimmungsergebnis verglichen.⁴ Dieser Vergleich ist unter der Annahme informativ, dass sich die Meinungen in den letzten zwei Wochen vor der Abstimmung nicht mehr (oder nur minim) verändern. Ob dies Annahme in einem konkreten Fall zutrifft ist eine empirische Frage.

Tabelle 32 auf der folgenden Seite weist alle Ja-Stimmenanteile unserer letzten Umfrage (20 Minuten-/Tamedia), der letzten SRG-Trendumfrage und das tatsächliche Ergebnis für alle Abstimmungen seit Februar 2014 aus. Insgesamt zeigen die Resultate, dass es Abweichungen zwischen diesen beiden etablierten Umfragen und den tatsächlichen Abstimmungsergebnissen gibt.⁵ Der Verlauf über mehrere Umfragen ist oft hilfreich für eine genauere Approximation, aber solche Trendanalysen sind auch stark von Annahmen getrieben. Insgesamt unterstreichen diese Erkenntnisse wiederum die Notwendigkeit von mehreren Umfragen. Wir können uns nicht auf eine einzige Umfrage oder einen spezifischen Trend verlassen, sondern sollten alle verfügbaren Informationen interpretieren.

⁴In der Schweiz werden die letzten Werte jeweils zehn Tage vor dem jeweiligen Abstimmungssonntag veröffentlicht.

⁵Die durchschnittliche Abweichung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage ist mit 6.26%-Punkte leicht schlechter als jene der SRG Trendumfrage (6.19%-Punkte).



Tabelle 31: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat I

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia	SRG Trendumfrage	Abstimmungsergebnis	Näher am
	Ja %	Ja %		Abstimmungsergebnis
Masseneinwanderung	49	43	50	20 Minuten-/Tamedia
FABI	46	56	62	SRG Trendumfrage
Abtreibung	28	36	30	20 Minuten-/Tamedia
Gripen	43	44	47	SRG Trendumfrage
Pädophilen Initiative	66	59	64	20 Minuten-/Tamedia
Mindestlohn	30	30	24	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Med. Grundversorgung	76	71	88	20 Minuten-/Tamedia
Öffentliche KK	48	38	38	SRG Trendumfrage
MWST Gastro	37	41	29	20 Minuten-/Tamedia
Pauschalbesteuerung	44	42	41	SRG Trendumfrage
Ecopop	36	39	26	20 Minuten-/Tamedia
Gold	28	38	23	20 Minuten-/Tamedia
Familieninitiative	39	40	25	20 Minuten-/Tamedia
Energieinitiative	12	19	8	20 Minuten-/Tamedia
Erbschaftsteuer	29	34	29	20 Minuten-/Tamedia
Präimplantationsdiagnostik	56	46	62	20 Minuten-/Tamedia
Radio & TV Gesetz	41	43	50	SRG Trendumfrage
Stipendieninitiative	39	38	28	SRG Trendumfrage
Durchsetzungsinitiative	43	46	41	20 Minuten-/Tamedia
Zweite Gotthardröhre	54	56	57	SRG Trendumfrage
Heiratsstrafe abschaffen	49	53	49	20 Minuten-/Tamedia
Spekulationsstopp	39	31	40	20 Minuten-/Tamedia
Asylgesetz	55	60	67	SRG Trendumfrage
Milchkuh	41	40	29	SRG Trendumfrage
Bedingungsloses Grundeinkommen	37	26	23	SRG Trendumfrage
Pro Service Public	48	40	32	SRG Trendumfrage
FPMG	55	keine Umfrage	62	×
Grüne Wirtschaft	42	51	36	20 Minuten-/Tamedia
AHVplus	49	40	41	SRG Trendumfrage
NDG	58	53	66	20 Minuten-/Tamedia
Atomausstieg	57	48	46	SRG Trendumfrage
Erleichterte Einbürgerung	55	66	60	20 Minuten-/Tamedia
Finanzierung Strassenverkehr	60	62	62	SRG Trendumfrage
USR III	45	45	41	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Energiegesetz	53	56	58	SRG Trendumfrage
Ernährungssicherheit	67	69	79	SRG Trendumfrage
MWST AHV	51	50	50	SRG Trendumfrage
Rentenreform	48	51	47	20 Minuten-/Tamedia
Finanzordnung	71	74	84	SRG Trendumfrage
NoBillag	39	33	28	SRG Trendumfrage
Vollgeld	29	34	24	20 Minuten-/Tamedia
Geldspielgesetz	55	58	73	SRG Trendumfrage
Fair Food	43	53	39	20 Minuten-/Tamedia
Ernährungssouveränität	39	49	32	20 Minuten-/Tamedia
Gegenentwurf Velo	57	69	74	SRG Trendumfrage
Hornkuh-Initiative	45	49	45	20 Minuten-/Tamedia
Selbstbestimmung	40	37	34	SRG Trendumfrage
Versicherungsdetektive	67	59	65	20 Minuten-/Tamedia
Zersiedelungsinitiative	37	47	36	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Steuer-Vorlage	61	59	66	20 Minuten-/Tamedia
Änderung Waffengesetz	57	65	64	SRG Trendumfrage
Mietwohnungsinitiative	48	51	43	20 Minuten-/Tamedia
Diskriminierungsverbot	69	65	64	SRG Trendumfrage
Begrenzungsinitiative	33	35	38	SRG Trendumfrage
Jagdgesetz	49	46	48	20 Minuten-/Tamedia
Kinderdrittbetr.	51	43	37	SRG Trendumfrage
Vaterschaftsurlaub	70	61	60	SRG Trendumfrage
Kampfjets	65	58	50.1	SRG Trendumfrage
KOVI	51	57	51	20 Minuten-/Tamedia
Verbot Kriegsmat-finanz.	41	50	43	20 Minuten-/Tamedia



Tabelle 32: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat II

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia	SRG Trendumfrage	Abstimmungsergebnis	Näher am
	Ja %	Ja %		Abstimmungsergebnis
Burkainitiative	59	49	51	SRG Trendumfrage
E-ID-Gesetz	42	42	36	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Handelsvertrag Indonesien	52	52	52	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Trinkwasser-Initiative	41	44	39	20 Minuten-/Tamedia
Pestizidverbot	42	47	39	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	69	64	60	SRG Trendumfrage
CO2-Gesetz	53	54	48	20 Minuten-/Tamedia
PMT	63	62	57	SRG Trendumfrage
99-Prozent-Vi	34	37	35	20 Minuten-/Tamedia
Ehe für alle	67	63	64	SRG Trendumfrage
Pflegeinitiative	72	67	61	SRG Trendumfrage
Justiz-Initiative	37	41	32	20 Minuten-/Tamedia
Covid-19-Gesetz	68	61	62	SRG Trendumfrage
VI Tierversuchsverbot	18	26	21	20 Minuten-/Tamedia
VI Tabakwerbeverbot	60	63	57	20 Minuten-/Tamedia
Abschaffung Stempelsteuern	35	39	37	SRG Trendumfrage
Medienförderung	42	46	45	SRG Trendumfrage
Filmgesetz	52	56	60	SRG Trendumfrage
Transplantationsgesetz	61	61	60	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Schengen Weiterentwicklung	64	69	71	SRG Trendumfrage
Massentierhaltungsinitiative	39	47	37	20 Minuten-/Tamedia
Zusatzfinanzierung AHV	56	63	55	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Bundesgesetz	55	59	51	20 Minuten-/Tamedia
Verrechnungssteuer	40	47	48	SRG Trendumfrage



Konzeption und Durchführung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit 20 Minuten-/Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spinoff ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autor*innen

Rahel Freiburghaus arbeitet als Postdoc am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern. Ihre Dissertation verortete sich an der Schnittstelle von Föderalismus- und Interessengruppen- bzw. Lobbyingforschung und untersuchte, wie erfolgreich und unter welchen Rahmenbedingungen die Kantone auf die Bundespolitik einwirken. Sie unterrichtet diverse universitäre Lehrveranstaltungen (u.a. zu Reformideen für das politische System der Schweiz, den Schweizer Wahlen) und stellt ihre Expertise regelmässig den Medien ebenso wie einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung.

Lucas Leemann ist ausserordentlicher Professor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia Universität geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Professor für Europäische Politik und Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Zuvor war er Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen, assoziierter Professor für Politische Ökonomie an der Universität Salzburg und als Research Fellow für jeweils einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton.

Thomas Willi hat an der Universität Zürich doktriert und unterrichtet statistische Kurse zu Datenvisualisierung und Modellierungen. Er hat seine Doktorarbeit zur statistischen Modellierung politischer Entscheidungsprozesse von Bürger*innen und zu künstlicher Intelligenz geschrieben.

Jenny Yin hat in Zürich und Beijing Politikwissenschaften studiert mit den Schwerpunkten Datenjournalismus und politische Ökonomie und Philosophie. Zunächst war sie in der Sozial- und Marktforschung tätig und arbeitet heute in einem Teilzeitpensum beim Bundesamt für Statistik und bei LeeWas, wo sie neue Instrumente zur Schätzung und Visualisierung entwickelt.

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-mail an info@leewas.ch.